

# Wiener Landtag

17. Sitzung vom 9. Dezember 1980

## Stenographisches Protokoll

### Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Abgeordnete	(S. 1)	wird (19. Novelle zur Besoldungsordnung
2. Mitteilung des Einlaufes	(S. 1)	1967) (Beilage Nr. 18)
3. Pr.Z. 3329, P. 1: Vorlage des Gesetzes, mit		Berichterstatter: Amtsf. StR. Nekula
dem die Besoldungsordnung 1967 geändert		(S. 1)
		Abstimmung (S. 1)

Vorsitzender: Erster Präsident Pfoch.

(Beginn um 21.25 Uhr.)

Präsident Pfoch: Die 17. Sitzung des Wiener Landtages ist eröffnet.

Entschuldigt sind die Abg. Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Busek, Dinhof und Gawlik.

Die Abg. Ing. Hofmann und Hahn haben gemäß § 34 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend ein Gesetz, mit dem das Wiener Bezügegesetz und die Dienstordnung 1966 geändert werden, eingebracht.

Ich weise sie dem Ausschuß für Personal- und Rechtsangelegenheiten zu.

Die Abg. Mag. Kauer und Dr. Krasser haben gemäß § 34 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend Einsetzung von Untersuchungsausschüssen in Wien, Novellierung der Wiener Stadtverfassung, eingebracht.

Ich weise sie dem Ausschuß für Personal- und Rechtsangelegenheiten zu.

Ehe wir zum einzigen Punkt der heutigen Tagesordnung, betreffend die Vorlage des Gesetzes, mit dem die Besoldungsordnung 1967 geändert wird, kommen, habe ich eine Feststellung zu treffen. Ich habe mir auf Grund einer Vorsprache von Herrn Abg. Fürst das stenographische Protokoll der Landtagssitzung vom 24. Oktober 1980 vorlegen lassen und festgestellt, daß Herr Stadtrat Hans Mayr eine Bemerkung gemacht hat, die den Ordnungsruf nach sich zieht. Ich erteile ihm diesen Ordnungsruf.

Ich bitte nun Herrn amtsführenden Stadtrat Nekula, die Verhandlungen, betreffend die Änderung der Besoldungsordnung 1967, einzuleiten.

Berichterstatter amtsführender Stadtrat Nekula: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Gebietskörperschaften und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben am 30. Oktober 1980 beschlossen, die Bezüge der öffentlich Bedienten ab 1. Jänner 1981 um 6,2 Prozent zu erhöhen.

Durch den vorliegenden Gesetzentwurf soll diese Besoldungsregelung ab 1. Jänner 1981 für die Beamten der Gemeinde Wien realisiert werden.

Durch die Bezugserhöhung 1981 ergeben sich insgesamt, einschließlich der Nebengebühren, die ebenfalls mit diesem 6,2-Prozent-Faktor erhöht werden, der Pensionen und der Bezüge der Vertragsbedienten, jährliche Mehrkosten von zirka 1.023 Millionen Schilling, wobei auf die Wiener Stadtwerke zirka 310 Millionen Schilling entfallen.

Da heute Herr GR. Pöder als Vertreter der Gewerkschaft in der Gemeinderatssitzung bei der Begründung des Kapitels Personal- und Rechtsangelegenheiten bereits sehr ausführlich auf diesen Fragenkomplex eingegangen ist, darf ich Sie bitten, diesem Gesetz Ihre Zustimmung zu erteilen.

Präsident Pfoch: Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt keine Wortmeldung vor.

Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage des Gesetzes einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Danke. Das Gesetz ist in erster Lesung angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. — Ein Widerspruch erfolgt nicht. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz auch in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung beschlossen.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Die nächste Sitzung des Wiener Landtages findet, wie bereits schriftlich bekanntgegeben wurde, am Freitag, dem 12. Dezember 1980, statt.

Die Sitzung ist geschlossen.  
(Schluß um 21.30 Uhr.)